

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Neue Zeitung für das Großherzogthum Oldenburg.  
1887-1890  
1889**

5.11.1889 (No. 399)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-981153](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-981153)



**Für die Monate November und Dezember nehmen die Expedition, die Boten und sämtliche Postanstalten Bestellung auf „Die Neue Zeitung“ an. Abonnementspreis 90 Pfg.**

**Zur Berichterstattung des Reichstagsabgeordneten Cenneccerus am Freitag, den 1. Nov. im „Grauen Hof“.**

Die auf Freitag Abend behufs Berichterstattung des Reichstagsabgeordneten unseres Wahlkreises, Herrn Prof. Cenneccerus aus Marburg, nach dem „Grauen Hof“ berufene Volksversammlung, zu welcher alle Wähler eingeladen waren, war sehr stark besucht. Mochte auch die Mehrzahl der Erschienenen der nationalliberalen Partei angehören, so hatten sich doch auch zahlreiche Anhänger der deutschfreisinnigen Partei eingefunden; ebenso fehlte es nicht an sozialdemokratischen Wählern.

Der Herr Reichstagsabgeordnete besprach nach einer Anknüpfung an die großen Ereignisse, welche sich während der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode zugezogen haben, die Thätigkeit des Reichstags nach drei Richtungen: nämlich in Bezug auf die militärische Befestigung des Reichs, in Bezug auf die finanzielle Befestigung desselben und in Bezug auf die i. g. Sozialreform. In ersterer Beziehung hob Redner die Annahme des Septennats und des Wehrgesetzes, sowie der sich daraus ergebenden Lasten hervor, wobei er genöthigt war, anzuerkennen, daß das Wehrgesetz von allen Parteien des Reichstags einmüthig angenommen sei. Bei dieser Gelegenheit veräumte Redner nicht, seine schon früher bekundete platonische Neigung für die von den Deutschfreisinnigen beantragte Reichseinkommensteuer von Neuem zu betonen, bediente sich jedoch der bequemen Ausflucht, daß die Heranziehung der größeren Einkommen zu den Steuerlasten Sache der Gesetzgebung der Einzelstaaten sei. Beim Marineetat suchte Redner seine Abstimmung für die Bewilligung von 4 großen Panzerschiffen damit zu motiviren, daß wir, wenn auch keine Angriffsflotte, doch eine Flotte haben müßten, welche unter Umständen zu einem Vorstoß in der Lage sei. Auf die mit dieser Materie in einer gewissen Verbindung stehende Kolonialpolitik des Reichs ging er nicht ein und kam auch im weiteren Verlaufe seines Vortrags auf dieselbe mit keinem Wort zu sprechen.

Hinsichtlich der finanziellen Festigung des Reichs verweilte Redner bei dem Branntweinsteuer- und dem Zuckersteuergesetz und suchte seine Abstimmung für diese beiden Gesetze zu rechtfertigen. Von einem Geschenke an die Brenner von 34 bezw. 40 Mill. M. in Folge der Steuerdifferenz von 50 Pfg. und 70 Pfg. pro Liter reinen Alkohols (einer Liebesgabe, wie es Hr. v. Wedell-Machow i. Z. im Reichstage nannte) wollte Redner nichts wissen; er nannte es eine Entschädigung, die zur Aufrechterhaltung des landwirthschaftlichen Brennereibetriebes, namentlich im Osten des Reichs, erforderlich sei. Er verstand es sogar, an der Hand einiger ihm nach seiner Behauptung von einem hiesigen Fachmann mitgetheilten Zahlenangaben über die Branntweinpreise vor und nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Zuwendung von 34 Mill. auf eine solche von 5 1/2 Mill. zu reduzieren und sagte seine Unterstützung zu, auch diesen Betrag bei der demnächstigen Revision des kontingentirten Quantums aus der Welt zu schaffen. Zugeben mußte er freilich, daß die Branntweinsteuer zum größten Theile von den ärmeren Volksklassen getragen werde, sowie daß nach seinen Erkundigungen in Folge der Vertheuerung im Fürstenthum Birkenfeld der Schnaps theilweise dünner und im Herzogthum Oldenburg an einigen Stellen die Gläser kleiner geworden seien. Redner tröstete sich aber mit der günstigen Wirkung, welche die Abnahme des Konsums für die Wohlfahrt und Sittlichkeit der Bevölkerung haben werde und glaubte deshalb, zumal für die nach seiner Meinung unabweislichen Mehrbedürfnisse des Reichs eine Deckung in anderer

Weise schwer zu beschaffen sei, seine Abstimmung für das Gesetz verantworten zu können. Ueber die Benachtheiligung der gewerblichen Brennereien gegenüber den landwirthschaftlichen ließ er sich nicht aus. Es sei noch bemerkt, daß Redner hervorhob, daß das Branntweinmonopol i. Z. von der nationalliberalen Partei abgelehnt sei. Es würde nichts geschadet haben zu konstatiren, daß dieses Projekt von dem ganzen Reichstage gegen 3 — ja drei — Stimmen abgelehnt worden ist. Daß seitens der freisinnigen Partei zuerst in der Presse auf dieses Projekt hingewiesen und mit Wort und Schrift gegen dasselbe eingetreten ist, ließ Redner zwar unerwähnt, halten wir aber doch für nützlich, bei dieser Gelegenheit in Erinnerung zu bringen.

Bezüglich der Zuckersteuer gab der Herr Referent das Fortbestehen einer Ausfuhrprämie auch nach dem neuen Gesetze zu, erklärte es aber für bedenklich, bei dem bestehenden Prämiensystem der anderen Zucker producirenden Länder die Prämien unsererseits abzuschaffen, indem er von einer gänzlichen Aufhebung der Ausfuhrprämie den Ruin der Rübenzuckerindustrie befürchtete. Eine Darstellung der Entwicklung dieser Industrie, die durch eine großartige Uebersproduction und den sich daraus ergebenden colossalen Preissturz sich selbst in die Lage gebracht hat, daß sie nur noch durch Staatshilfe glaubt sich erhalten zu können, sowie eine Beleuchtung des Verfahrens der Regierung, welche diese einst für die Staatscasse sehr einträgliche Steuer Jahre lang derartig verfallen ließ, daß die Erträge fast von den Prämien verschlungen wurden, ließ Redner vermissen. Uebrigens stellte er auch hier seinen nicht zu unterschätzenden Beistand zur Beseitigung des Restes der Ausfuhrprämie in Aussicht.

Die Erhöhung der Getreidezölle und die sich daraus ergebende Verttheuerung eines der unerlässlichsten Lebensmittel berührte Redner nur im Vorübergehen und ging auch über die Erhöhung des Hajerzölles, welche den Regierungen von den Nationalliberalen durch den Antrag der Abgg. Adas und Genossen auf dem Präsentirtbrett entgegengetragen wurde, mit kurzen Worten hinweg. Diese für die Volksnahrung so überaus wichtige Frage hätte wohl einer eingehenderen Erörterung bedurft, als der Herr Abgeordnete ihr angedeihen ließ. Daß Letzterer gegen die Erhöhung der Getreidezölle stimmte, ist kein sonderliches Verdienst; man würde sich mit Recht wundern haben, wenn seine Abstimmung anders ausgefallen wäre. Daß es aber ihm und den gleichgesinnten Mitgliedern seiner Fraction nicht gelungen ist, eine nicht unerhebliche Anzahl von Parteigenossen von der Abstimmung für die Getreidezölle abzuhalten, muß im Interesse der Konsumenten, denen durch den Zoll das Brod vertheuert wird, bedauerlich werden. Da der Hr. Redner es zu erwagnen unterließ, so wollen wir hier unseren Lesern in die Erinnerung zurückrufen, daß die nationalliberale Partei in dieser wichtigen Frage gespalten war, daß die größere Hälfte gegen, die kleinere Hälfte für die Erhöhung der Getreidezölle stimmte, daß die nationalliberalen Führer v. Bennigsen und Miquel sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligten und die Führung der Majorität auf Herrn Windthorst überging, welcher den Zoll von 5 Mk. für den Doppelcentner Roggen und Weizen durchsetzte.

Auf das Gebiet der sogenannten Sozialreform übergehend, verweilte der Redner längere Zeit bei dem folgenschweren Gesetze über die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni d. J. Er operirte hier mit einem großen Zahlenmaterial, das sich selbstredend nicht näher controliren ließ und auf die Dauer etwas ermüdend wirkte. Wir glauben nicht, daß es dem Herrn Redner gelungen ist, die Bedenken gegen dieses Gesetz, das bei den Berathungen im Reichstage mit Recht als „ein Sprung in's Dunkle“ bezeichnet und nur mit geringer Majorität angenommen wurde, — selbst eine Anzahl von Parteigenossen des Redners stimmte gegen dasselbe — durch seine Ausführungen beseitigen oder erheblich abzumildern. Was den von ihm so sehr gerühmten Reichszuschuß betrifft, so hätte es nahe gelegen, darauf hinzuweisen, daß dieser doch nur aus den Taschen der Steuerzahler geleistet wird und daß bei dem vorherrschenden System der indirekten Besteuerung die Mittel vornehmlich von den breiteren Schichten der Bevölkerung, namentlich auch von den

Arbeitern aufgebracht werden, so daß also diesen mit der einen Hand gegeben wird, was ihnen mit der anderen genommen ist. Uebrigens sind die Renten so gering bemessen — nach einer uns vorliegenden Tabelle beträgt die Höhe der jährlichen Invalidenrente nach 30 Beitragsjahren in der obersten Lohnklasse 293 Mk. 30 Pfg., nach 54 Beitragsjahren 493 Mk. 94 Pfg. — daß sie die Unterstützung der Rentenempfänger aus der Armenkasse nicht entbehrlich macht. Die Gemeinden, denen die Armenunterstützung obliegt, und in ihnen namentlich die wohlhabenderen Gemeindeglieder werden demnach auf Kosten der großen Menge der Steuerzahler entlastet, und das Gesetz hat also u. a. die Wirkung, daß es die zur Unterstützung der durch Alter und Invalidität hilfsbedürftigen Personen erforderlichen Lasten von den stärkeren Schultern auf die schwächeren abwälzt. Sehr leichtwiegend waren die Gründe, welche der Redner für die Verlängerung der Legislaturperiode ins Feld führte. Gegenüber dem Argument, daß diese eine Verminderung der Volksrechte bedeute, da der Bundesrath einen gefügigen Reichstag bis an sein natürliches Ende beibehalten, einen unbequemen Reichstag aber jederzeit auflösen könne, wußte er nur die haltlose Behauptung aufzustellen, die Geschichte beweise, daß eine Auflösung der Regierung nur etwas nütze, wenn sie die Majorität des Volkes für sich habe, ein Satz, der durchaus nicht durch die Erfahrung bestätigt, sondern u. A. auch durch den Ausfall der letzten Reichstagswahlen widerlegt wird, wo die Regierung keineswegs die Mehrheit des Volkes für sich hatte, indem mehr Stimmen gegen als für das Septennat abgegeben wurden und die Regierung dennoch in Folge der mangelhaften Eintheilung der Wahlkreise eine willfährige Majorität im Reichstage erhielt. Ebenso unbewiesen ist es, daß der Reichstag bei 3jähriger Legislaturperiode eigentlich nur in dem mittleren Jahre recht zum Arbeiten komme: beispielsweise hat die gegenwärtige Majorität während der ganzen Zeit mit Dampfkraft gearbeitet, wenn auch nach unserer Auffassung keineswegs durchweg zum Besten des Volkes.

Nachdem der Herr Redner sodann noch in behaglicher Breite das neue Genossenschaftsgesetz besprochen hatte, wobei er wunderbarerweise den beiden freisinnigen Commissionsmitgliedern aus ihrer Haltung in der sehr zweifelhaften und technisch schwierigen Frage des i. g. Einzelangriffs einen Vorwurf machte, schloß er mit einem Appell an alle Anwesenden, auch die Vertreter der weiter links gehenden Richtungen, den gemäßigten Liberalismus zu unterstützen, weil sonst der Vortheil nicht dem Liberalismus, sondern Herrn Windthorst und dem Centrum zufallen würde.

Schon bei Eröffnung der Versammlung war von dem Vorsitzenden Herrn Landgerichtsrath Runde erklärt worden, daß der Herr Vortragende nach Beendigung seines Referats auf Anfragen aus der Versammlung antworten werde. Namens der anwesenden sozialdemokratischen Wähler richtete hierauf Herr Hugh aus Bant eine Reihe von Fragen an den Herrn Abgeordneten, welche dieser indessen größtentheils ausweichend oder in diplomatischer, mehr oder weniger gewundener Weise beantwortete. Nicht einmal auf die Frage nach seiner Stellung zu der Verlängerung des Sozialistengesetzes gab er eine präcise und zweifelsfreie Antwort. Die anwesenden Deutschfreisinnigen hielten eine Fortsetzung der Fragestellung, da wir noch nicht in der Wahlbewegung stehen, für zwecklos, vielmehr verlangen zu dürfen, daß über das Referat des Herrn Abgeordneten eine Discussion zugelassen werde, zumal dieser die freisinnige Partei mit Angriffen nicht verschont hatte, während er für das Verhalten der Agrarier kein Wort des Tadelns fand. Es meldete sich daher Hr. Bankdirektor Fropping zum Wort, welcher Namens seiner Parteigenossen an das Gerechtigkeitsgefühl des Vorstandes der nationalliberalen Partei, der doch alle Wähler, nicht bloß die nationalliberalen, zu dieser Versammlung eingeladen habe, appellirte und bat, ihm einige kritische Bemerkungen zu dem soeben gehörten Vortrage zu gestatten. Als ihm seine Bitte abgeschlagen wurde, schloß er mit den Worten: „Dann muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß Sie, meine Herren, den Anschein erwecken, Ihre Sache für so schwach zu halten, daß Sie trotz Ihrer großen Majorität sie nicht einer Kritik aussetzen mögen.“

**Hierzu eine Beilage.**



Herr Amtsrichter Bargmann fügte dann noch hinzu, daß es bedauerlich sei, daß der Herr Abgeordnete sich der Kritik entziehe, um so mehr, als es sonst Sitte sei, daß sich an die Berichterstattung eines Abgeordneten eine Discussion anschließe, wie z. B. in unserm benachbarten zweiten Wahlkreise der Abgeordnete Albert Traeger bei seiner Berichterstattung stets eine Discussion zugelassen habe, und rief zum Schluß den Nationalliberalen zu: „Die Wahlen stehen vor der Thür. Ueber die Frage, ob die 3jährige Wirtschaft der Kartellmajorität dem Volke zum Heil und Segen gereicht oder ob sie nur dazu geführt hat, die Lasten und Pflichten des Volkes zu vermehren, die Rechte und Freiheiten desselben aber zu beschränken, werden wir uns in dem bevorstehenden Wahlkampf gründlich unterhalten. Bei Philippin sehen wir uns wieder!“ Der Herr Vorsitzende schloß darauf um etwa 9 1/2 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Die deutschfreisinnige Partei kann mit dem Verlaufe dieses Abends sehr zufrieden sein. Der Umstand, daß die Nationalliberalen eine Discussion nicht zulassen wollten, ist kein Beweis großer Zuversicht oder festen Vertrauens zu ihrer Sache. Sie ist eher als ein Zeichen der Entmuthigung anzusehen, welche in den Reihen dieser Partei Platz gegriffen hat, wovon u. A. auch der Entschluß hervorragender Abgeordneter, namentlich des Abgeordneten Miquel, ein Mandat zum Reichstage bei den nächsten Wahlen nicht mehr anzunehmen, Zeugniß ablegt. Für die freisinnige Partei ist damit die Haltung von selbst vorgezeichnet. Es wird ihre Aufgabe sein, während der Zeit, die uns noch bis zu den Wahlen übrig bleibt, die Wähler darüber aufzuklären, wie wenig die nationalliberale Partei es verstanden hat, die durch die letzten Wahlen für sie geschaffene günstige Lage zu benutzen, um liberale und volksthümliche Maßnahmen im Wege der Gesetzgebung durchzusetzen oder wenigstens Maßregeln abzuwehren, die dem Gemeinwohl nicht förderlich sind. Dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

### Eine neue Art von Wahlkompromiß

ist soeben den Deutschfreisinnigen in Gotha angetragen worden. Dort hat bereits am 14. Juli eine nationalliberale Vertrauensmännerversammlung stattgefunden, welche den nationalliberalen Kommerzienrath Henneberg abermals zum Reichstagskandidaten aufgestellt hat. Am 27. Okt. wurde nun in Gotha eine Generalversammlung des aus 850 Mitgliedern bestehenden „Nationalliberalen Landesvereins“ abgehalten, welche einstimmig die Kandidatur des Hrn. Henneberg zum Beschluß erhoben hat. Ein Mitglied des Vereins hatte vorher in der Debatte die Frage angeregt, „ob es nicht möglich sei, einen Kompromiß mit den Freisinnigen abzuschließen, da sonst die Sozialdemokraten sicher das Feld behaupten werden. Es könne nicht schwer sein, eine Einigung zu finden.“ Hr. Premierlieutenant v. Haeseler sagte darauf Namens des Vorstandes zu, „sich mit den Freisinnigen wegen Wiederwahl des Hrn. Henneberg in Verbindung zu setzen.“ So nach dem Bericht der „Goth. Ztg.“ nebst Regierungs- und Intelligenzblatt für das Herzogthum Gotha. Vorher hatte Prof. Delbrück aus Jena eine Rede gehalten, in welcher er über die deutschfreisinnige Partei gänzlich falsche Mittheilungen machte und darin Wähler von der Parteileitung zu trennen suchte, mit welcher sie nach seiner, des nationalliberalen Professors ohne Beweis hingestellten Behauptung nicht einverstanden sei. Die deutschfreisinnige Partei sei, so hat der Herr Professor nach der „Goth. Ztg.“ seinen gläubigen Hörern erzählt, ursprünglich eine preussische Genese, deren Gründer nur das Recht des Einzelnen gegen den Polizeistaat vertheidigen gewollt hätten; was die deutschfreisinnige Partei gewollt, hätten wir heute schon und der Herr Professor soll das im Einzelnen nachgewiesen haben. In Wirklichkeit ist die deutschfreisinnige Partei nicht als spezifisch preussische, sondern als deutsche Partei am 5. März 1884 begründet worden, und ihr ursprüngliches Programm ist noch heute eben so unerfüllt, wie in den Tagen ihrer Gründung. Auch wenn dem Redner eine Verwechslung mit der 1861 gegründeten Fortschrittspartei passiert sein sollte, so wollte auch diese weit mehr, als nur die Vertheidigung des Einzelnen gegen den Polizeistaat und selbst von der Erfüllung dieser Forderung sind wir heute, wie der Entwurf des neuen Sozialistengesetzes zeigt, viel weiter entfernt als 1861. Um die freisinnigen Wähler zu gewinnen, brauchte er in Bezug auf ihre Partei Kosennamen wie „Vorfrucht der Sozialdemokratie.“ Wie weit sie dies verdient, das zeigt die Geschichte der parlamentarischen Vertretung des Herzogthums Gotha. Von 1878—1881 war dasselbe im Reichstag durch den der Fortschrittspartei angehörenden Abg. Müller, von 1881—1884 durch den Sezessionsisten und dann der freisinnigen Partei bei deren Begründung beigetretenen Abg. Dr. Barth vertreten. Im Jahre 1884 wurde dann freilich der Sozialdemokrat Bod gewählt; es geschah dies aber nur dadurch, daß ein großer Theil der nationalliberalen Wähler aus Haß gegen die Freisinnigen ihre Stimmen den Sozialdemokraten zuwandten. Bei den Septennatswahlen von 1887 haben dann die Na-

tionalliberalen gestimmt; mit Anwendung welcher Mittel, das ist genugsam bei den Wahlprüfungsverhandlungen im Reichstag dargelegt. Durch alles dieses ist unter den freisinnigen Wählern des Herzogthums Gotha eine Stimmung erzeugt, welche es bewirkt wird, daß der nationalliberale Kandidat nach unseren Nachrichten auch nicht eine einzige freisinnige Stimme erhalten wird. Man schreibt uns von dort: „Schlimmere und ärgere Feinde hat der Freisinn hier zu Lande nicht, wie diese Leute; und da wir es wagen, uns eine solche Wahlverbindung zu ihren Gunsten vorzuschlagen!“

### Politische Tageschau.

— Als die freisinnige Partei unter anderen Anträgen auch den Antrag Schrader-Richter einbrachte, durch welchen der Reichskanzler aufgefordert werden soll, über die Ausdehnung der Ausnahmetarife auf die ausländischen Kohlen eine Untersuchung zu veranlassen, zweifelte die „Nat. Ztg.“ ob der Antrag ernst gemeint sei, da die Sachverständigen, d. h. die inländischen Bergwerksbesitzer denselben für unangebracht hielten; die „Post“ bezeichnete den Antrag als auf die wahlagitorische Ausbeutung des Steigens der Kohlenpreise gerichtet. Jetzt hat die „Köln. Ztg.“ herausgebracht, daß die Angelegenheit bereits seit einer Reihe von Wochen in den maßgebenden Kreisen der Staats-eisenbahnverwaltung der eingehendsten Erörterung unterzogen wird und insinuiert, daß die freisinnige Partei davon Kenntniß gehabt habe. Soll vielleicht gegen die Urheber des Antrags eine Untersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingeleitet werden?

— Die in der Thronrede angekündigte Abänderung des Bankgesetzes, welche der Bundesrath in seiner gestr. Sitzung beschlossen hat, beschränkt sich auf den § 24 des Gesetzes vom 14. März 1875. Aus dem beim Jahresabschlusse sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird, und zwar vom 1. Janr. 1891 ab, zunächst den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von 3 1/2 % (bisher 4 1/2 %) des Grundkapitals berechnet. Von dem nach Abschreibung von 20 pCt. für den Reservefond verbleibenden Ueberrest wird wie bisher die eine Hälfte an die Anteilseigner, die andere an die Reichskasse gezahlt. Indes soll die Gesamtdividende der Anteilseigner 6 pCt. (bisher 8 pCt.) nicht übersteigen. Alles übrige bleibt unverändert. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die bisherige Organisation der Reichsbank sich durchaus bewährt habe; die Herabsetzung der Dividende wird mit der Ermäßigung des Zinsfußes gerechtfertigt und nachgewiesen, daß, da in wenigen Jahren der Reservefond die vorgeschriebene Höhe von 26—27 Mill. M. erreicht haben werde, die Aussicht auf eine sichere Erhöhung der Dividende der Anteilseigner für die geringere Verzinsung ihres Kapitals entschädigen werde. Falls die Anteilseigner sich der veränderten Gewinnvertheilung nicht unterwerfen, behält das Reich sich die Kündigung des Grundkapitals auf Grund des § 41 des Gesetzes vor.

— Die Abgg. Singer u. Gen. haben mit Unterstützung der freisinnigen Abgg. Schmidt (Eberfeld), Dr. Rohli, Traeger und des Abg. Johannsen einen Antrag auf Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes eingebracht. Die für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente soll nicht erst nach Ablauf der 14. Woche, sondern sofort nach Beendigung des Heilverfahrens gewährt werden. Im Falle der Tödtung eines Rentenempfängers soll der Berechnung des Ertrages der Beerdigungskosten und der Rente für die Hinterbliebenen die Summe des letzten Arbeitsverdienstes und der bezogenen Rente zu Grunde gelegt werden. Betriebsunternehmer und ihre Angestellten, welche durch Ueber-einkunft oder mittelst Arbeitsordnungen die Bestimmungen des Unfallgesetzes zu Ungunsten der Arbeiter ausschließen oder die Berichterichten an der Uebernahme oder Ausübung eines ihnen gesetzlich übertragenen Ehrenamts verhindern, oder die von ihnen zu leistenden Beiträge ihren Arbeitern am Lohne in Abzug bringen, sollen mit Geldstrafe bis 300 M. oder mit Haft bestraft werden.

— Der Besuch des Kaisers und der Kaiserin in Konstantinopel. Die Ankunft Ihrer Majestäten mit dem Prinzen Heinrich und dem Prinzen von Mecklenburg erfolgte am 2. Nov., Nachm. 2 Uhr und wird dem „Berl. Tzbl.“ darüber berichtet: Die Begrüßung des Kaiserpaars seitens der deutschen Kolonie und der eingeborenen Bevölkerung übertrifft an Begeisterung und Enthusiasmus alle Vorstellungen. Der Bosphorus ist über und über besät mit festlich besagten Schiffen und Barken und bietet einen feenhaften Anblick. Bei der Ankunft in Dolmabahische, der Residenz des Sultans, donnerten die Kanonen, die Musik spielte, und brausende Hurrahrufe der Tausende von Zuschauern erfüllten die Luft. Die ganze Garnison war ausgerückt und bildete zwischen Dolmabahische und dem Yildiz-Palais Spalier. Der Weg von Beschiktasch nach dem Yildiz-Palais ist mit Menschen dicht besetzt. Alles jauchzt mit unbeschreiblicher Begeisterung dem Kaiserpaare entgegen.

### Aus dem Reiche.

Berlin, 2. Novbr. Der Kaiser sandte an den Reichskanzler nachstehendes Telegramm aus Yildiz-Palais,

11 Uhr Vormitt.: „Konstantinopel bei schönem Wetter soeben erreicht. Unbeschreiblich schöner Anblick. Wilhelm.“

— S. M. Kreuzercorvette „Carola“, Commandant Korvettenkapitän Valette, beabsichtigt am 7. Nov. d. J. von Zanzibar nach Bombay, unter Anlaufen der Seychellen, in See zu gehen.

— Aus Schlesien wird geschrieben: Trozdem an der dießseitigen Grenze die strengsten Abperrungsmaßregeln getroffen und Grenzollbeamte, sowie Grenz-gendarmerie in bedeutendem Maße verstärkt worden sind, steht dennoch der Viehschmuggel in schönster Blüthe. Außerordentlich begünstigt wird derselbe durch die großen Waldungen, welche sich von der Grenze bis tief in das Inland erstrecken, durch die Terrainverhältnisse und auch nicht wenig durch das Zusammenwirken der schmuggelnden Grenzbewohner, die selbst die Schulkinder zu diesem Geschäft benutzen. Um nun den Absatz der geschmuggelten Schweine zu erschweren und auch einer weiteren Ausdehnung der namentlich jenseits der Grenze in immer größerem Maße auftretenden Maul- und Klauenseuche vorzubeugen, hat der Regierungspräsident zu Oppeln die Abhaltung sämtlicher Viehmärkte (mit Ausnahme der Pferdewärkte) und der auf Wochenmärkten stattfindenden Schwarzviehmärkte für die Kreise Plesch und Rybnik verboten. Ein gleiches Verbot ist auch für den Kreis Neustadt ergangen, weil in nicht weniger als fünf Ortschaften die Seuche zum Ausbruch gekommen ist.

### Ausland.

Oesterreich. Wien, 2. Novbr. Die Abgeordneten Türk, Bergani und Fürnkranz sind aus dem Ver-bande der Deutsch-Nationalen des Abgeordnetenhanfes ausgetreten. Der deutschnationale Verband wird sich somit auflösen.

Rumänien. Der Erbauer des Eiffelturms der Ingenieur Gustave Eiffel, soll nach der Meldung Bukarester Blätter von der rumänischen Regierung als Leiter für den Bau der projectirten Donaubrücke in Aussicht genommen sein. Die Brücke soll die Verbindung zwischen Rumänien und der Dobrutscha herstellen.

Türkei. Der „Rea Himer“, einer in Triest erscheinenden griechischen Zeitung, ist das Postdebit für das türkische Reich entzogen worden.

Spanien hat neuerdings den Weg der nationalen Kolonisation betreten. Im Laufe der ersten 6 Monate dieses Jahres waren aus den verhältnismäßig dünnbevölkerten Sübprovinzen Spaniens nicht weniger als 67 000 Personen nach Südamerika ausgewandert, wohin ihnen sowohl die Regierung der brasilianischen Kaffeeprovinz Sao Pauli als auch Argentinien freie Ueberfahrt darbot. In der gesammten Presse erhob sich dem gegenüber die Forderung, durch staatliche Mittel dieser Entvölkerung Spaniens vorzubeugen, zumal über die Lage der Ausgewanderten keineswegs erfreuliche Nachrichten eintreffen. Die Regierung hat nunmehr eine namhafte Summe ausgezahlt, um durch Gewährung von freier Ueberfahrt den Strom der Auswanderer nach Cuba zu lenken. In gleicher Weise denkt man an die Philippinen, wo bisher die Grundbesitzer ihren Arbeiterbedarf nur durch den Import von Chinesen decken konnten.

Madrid, 2. Novbr. Ein königliches Decret bevollmächtigt den Finanzminister, der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Eingangszolles auf Getreide und Mehl, vorzulegen.

Die Kolonie Rio de Oro. Die Geographische Gesellschaft zu Madrid hat der spanischen Regierung abermals eine längere Denkschrift überreicht, um dieselbe von der Absicht abzubringen, die spanischen Besitzungen an der Nordwestküste von Afrika, südlich Marokkos, ganz oder theilweise an Frankreich zu verkaufen. Diese Kolonien, die bisher allerdings von dem Mutterlande sehr vernachlässigt worden seien, könnte mit geringen Mitteln zu einem wichtigen und ertragnisreichen Stelle der spanischen Monarchie erhoben werden.

### Aus dem Großherzogthum und den Nachbarstaaten.

Oldenburg, 4. November.

— Am 1. November, Abends 6 Uhr, kehrte mit dem fahrplanmäßigen Zuge der Großherzog in die Residenz zurück. Zum Empfang auf dem Bahnhofe waren anwesend der Erbgroßherzog, ferner Oberbürgermeister Freiherr v. Schrendl, sowie Generalmajor von Bartenwerffer. Der Großherzog begrüßte die zum Empfang erschienenen Herren aufs Freundlichste und seitens des zahlreich versammelten Publikums wurden dem Landesfürsten stürmische Ovationen dargebracht.

— Folgende \* Versetzungen haben im Oldenburger Gendarmiercorps stattgefunden: Gendarmierleutnant Röber von Oldenburg nach Bant. Gendarmierleutnant Deltje von Bant nach Emsted. Gendarmierleutnant Michels von Emsted nach Oldenburg. Gendarmierleutnant Widdendorf von Bant als Bahnmeister nach Oldenburg. Gendarmierleutnant Hülsemann von Stuhr nach Hohenkirchen. Gendarmierleutnant Ehlers von Hohenkirchen



nach Debedorf, Gendarmerieobergeant Horst von Debedorf nach Stühr.

— Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend auf der Bahnstrecke **Geis-Falkum**. Der Arbeiter Christoph Meyer aus Moorborn war damit beauftragt, 3 Bullen von Aurich über Dornum nach hier zu transportieren. In der Nähe des Jakobski'schen Hauses zu Holtgast rannte einer der Bullen auf das Bahngleise, und um diesen zu retten, da gerade der 6-Uhrzug herankam, eilte M. demselben nach, muß jedoch dabei über die Schiene gefallen sein, denn er gerieth derart unter den Zug, daß ihm der Kopf vom stumpfe getrennt wurde. Der Verunglückte soll Frau und 3 Kinder hinterlassen.

—n- Am Umziehtag stürzte auf der Donnerschweerstraße ein großer leerer Möbelwagen um, als er umwenden wollte. Die beiden Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

—n- Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern auf der Chaussee von Bernhorst nach Moorhausen. Bekanntlich liegt dieselbe viel höher als das nebenliegende ebene Land. Als vorgestern der Apotheker F. aus Berne mit einem Gespann die Chaussee passirte, scheute das Pferd und sprang seitwärts. Der Wagen stürzte den hohen Chausseedamm hinab in den tiefen Chausseegraben. Der Insasse F. büßte sein Leben ein. Auf derselben Chausseestrecke stürzte vor einigen Jahren ein Bierfuhrwerk des Herrn Hanken aus Eghorn den Damm hinab. Dieser Fall verlief jedoch damals glücklich, indem der Fuhrmann und auch die Pferde keinen Schaden nahmen.

—n- Die früher Müller-Müller'sche Mühle an der Lindenstraße wird augenblicklich von dem jetzigen Besitzer, Zimmermeister Meinen hieselbst, abgebrochen. Auch das Wohnhaus soll zum Abbruch stehen, um neue Baupläze zu gewinnen.

—n- Mit dem 1. Nov. haben im Bahndienste folgende Versetzungen stattgefunden: Bahnmeister Pape von Bramsche nach Kloppenburg, Bahnmeister Holz von Großenkneten nach Bramsche, Bahnmeister Wüstefeld II. von Kloppenburg nach Ahlhorn, Stationsassistent Drieling von Jever nach Nordenham, Stationsassistent Meiners von Nordenham nach Jever, Prov. Stationsassistent Meyer von Delmenhorst nach Bremen-Neustadt, Exped. Weichenwärter Niemann von Höltinghausen nach Krimpenfort, Exped. Weichenwärter Fuhrken von Krimpenfort nach Höltinghausen, Bahnwärter Suhr von Posten 59 nach Posten 54 der Strecke Oldenburg-Leer. — Mit der einstweiligen Wahrnehmung des Dienstes eines Stationsassistenten sind beauftragt: Schaffner Hartmann zu Delmenhorst, Haltestellen-Aufscherer daselbst, Schaffner Kuhlmann zu Hude. — Dem Stationsarbeiter Wetmann ist der Dienst eines expedirenden Weichenwärters zu Langföden einstweilen übertragen. — Hilfsarbeiter Wilkens ist als Weichenwärter für Station Ahlhorn angenommen. Weichenwärter Möller zu Quakenbuck ist aus dem Eisenbahndienste ausgeschieden.

— Sonntagsabend fand in der Nähe des Klövenmannsbrunnens eine Schlägerei statt, wobei scharfe Instrumente wieder einmal eine Rolle gespielt haben sollen.

### Gemeinnütziges.

In ihrem Ausstellungsbericht über die Erzeugnisse der chemischen Industrie auf der Hamburgischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889 schreiben die „Hamburger Nachrichten“ dato 20. Juli 1889 über das von der Firma Paul Lechler in Stuttgart und Hamburg, Mönkedamm 12, ausgestellte Carbolinum Avenarius wie folgt:

„Ein interessantes chemisches Produkt, das Carbolinum Avenarius, ist außerhalb der Industriehalle bei dem Gebäude des Milchgeschäftes der vereinigten Landleute von 1863 zur Anwendung gebracht. Es ist dies ein vor mehr als 15 Jahren erfundenes und seither bewährtes Holzkonervierungsöl, mit welchem die sämtlichen äußeren Holztheile des genannten Gebäudes gestrichen sind. Im Innern befinden sich in einer besonderen Abtheilung verschiedene zum Theil vor langen Jahren mit Carbolinum Avenarius gestrichene und später lange Zeit der Witterung ausgesetzt gewesene Holzstücke, an denen die vorzügliche Widerstandsfähigkeit des Anstrichs aufs Deutlichste zu erkennen ist. Im Gegensatz zu Theer und Delfarbe dringt das in Rede stehende Öl in die Poren des Holzes ein und zerstört darin die vorhandenen Eiweißkörper u. s. w., durch welche beim Eindringen von Luft und Feuchtigkeit das Faulen des Holzes hervorgerufen wird. Das im Holz sich vorfindende Wasser wird dabei durch das specifisch schwerere Carbolinum Avenarius verdrängt und auf diese Weise das bei den deckenden Delfarb- und Theeranstreichen häufig vorkommende Stocken des Holzes vermieden. Durch zahlreiche Zeugnisse wird nachgewiesen, daß mit diesem

Öl gestrichene Hölzer auch gegen Holzwurm geschützt sind, wie dies in der Ausstellung auch an einer künstlichen Schwammzucht dargestellt ist. Ebenso wird durch viele glaubwürdige Gutachten bestätigt, daß ein solcher Anstrich die in den Tropen häufigen weißen Ameisen und andere holzzerstörende Insekten von dem Holze fern hält. Auch Mauern sollen durch einen Anstrich mit Carbolinum Avenarius gegen Feuchtigkeit und Salpeterbildung zu schützen sein.“

Es ist besonders zu betonen, daß sich alle diese Angaben nur auf das Originalfabrikat Carbolinum Avenarius D. N.-Patent Nr. 46 021 beziehen. Bei verlangtem sicherem Erfolg ist also auf den vollen Namen der Originalmarke Avenarius zu achten, da unter Benutzung des vom Erfinder seinerzeit gewählten Namens „Carbolinum“ zahlreiche minderwerthige Präparate angeboten werden. Wie wir hören, hält Herr F. Friedrichs hier, ständiges Lager in dem Originalfabrikat Carbolinum Avenarius D. N.-Patent Nr. 46 021.

### Bekanntmachung.

Mit Ablauf dieses Jahres scheiden folgende Mitglieder aus dem Stadtrathe aus:

- a. aus der Klasse der Angestellten zc:  
Inspektor tom Dieck,  
Seminarlehrer Lüken,  
Oberlandesgerichtsrath Tenge,
- b. aus der Klasse der Kaufleute und Fabrikanten:  
Fabrikant Beek,  
Bankdirektor Thorade,  
Kaufmann Voh,
- c. aus der Klasse der übrigen Gemeindeglieder:  
Küchener Willers,  
Bildhauer Högl,  
Bauunternehmer Amann,

Desgleichen scheiden mit demselben Zeitpunkte aus der Vertretung des Stadtgebiets folgende Mitglieder aus.

- Gutsbesitzer A. Haake,  
Landmann W. Witte,  
Landmann Erch, Strudthoff,  
Landmann Henjes,

Außerdem ist der Arbeiter Anton Dierks, welcher sonst auch ausscheiden würde, verstorben.

Dagegen bleiben in Funktion vom Stadtrath:

- aus Klasse a.:  
Landgerichtsrath Dr. Roggemann,  
Amtsrichter Bargmann,  
Inspektor Weber,
- aus Klasse b.:  
Kaufmann H. Lohse,  
Fabrikant Aug. Schulze,  
Kaufmann G. Brandes,
- aus Klasse c.:  
Architekt Spieste,  
Hofuhrmacher Wiebking,  
Schuhmacher F. H. Bruns,  
von der Vertretung des Stadtgebiets:  
Landmann F. zum Büttel,  
Böttcher Christian Haake,  
Tischler Hermann Harms,  
Landmann Hinrich Wienken,

Dem Obigen nach sind zu wählen:

- 1. zum Stadtrath: 9 Mitglieder und zwar sämtlich auf 4 Jahre.

Von den zu Wählenden müssen

- a. 3 der Klasse der Reichs-, Hof- und Staatsbeamten, der Militärpersonen von Offiziersrang, welche Gemeindeglieder sind und nicht zu den servisirberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes gehören, der Geistlichen, Aerzte, Anwälte, Organisten, Künstler und der öffentlich angestellten Lehrer, soweit diese nicht im Dienste der Stadtgemeinde stehen,
- b. 3 der Klasse der Kaufleute und Fabrikanten,
- c. 3 der Klasse der übrigen Gemeindeglieder angehören.

- 2. zur Vertretung des Stadtgebiets: 5 Mitglieder und zwar sämtlich auf 4 Jahre.

Die Hälfte der Mitglieder des Stadtraths muß aus Hausbesitzern im Sinne des Art. 11 § 2 der revidirten Gemeinde-Ordnung bestehen; unter den 6 Mitgliedern aus der Klasse der Angestellten zc. müssen wenigstens 3 un widerruflich angestellte Staatsbeamte sich befinden; von den 9 Mitgliedern der Vertretung des Stadtgebiets müssen wenigstens 6 Grundbesitzer im Sinne des Artikel 11 § 1 der revidirten Gemeinde-Ordnung sein.

Stimmberichtig und unter vorstehenden Modificationen wählbar ist jeder in der Stadt bzw. im Stadtgebiete wohnende selbstständige, im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Gemeindeglieder, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat und entweder mit einem Hause oder Grundstücke zu Eigenthums-erblichen Nutzungs- oder Nießbrauchsrechte in der Gemeinde angeschlossen ist, oder sonst zu den Gemeindefürsorgebeitragen hat.

Die Listen der wahlberechtigten und wählbaren Personen für beide Wahlen liegen vom incl. 8. bis 22. d. M. in der Expedition des Magistrats auf dem Rathhause, Zimmer Nr. 23., zur öffentlichen Einsicht aus. Erinnerungen gegen die Richtigkeit dieser Listen sind zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb jener Frist beim Magistrat einzubringen, in dessen kann auch nach Feststellung der Listen ein Gemeindeglieder wegen einer den Nichtbesitz der Stimmberichtigung oder den Verlust der Ausübung derselben darthuernden Thatsache getrichen oder auf Antrag des Betheiligten wegen später erfolgten Erwerbs der Stimmberichtigung eingetragen werden. Nur in den Stimmlisten aufgeführte Personen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt.

Die Wahl der Mitglieder des Stadtraths findet am **Montag, den 25. November** im Sitzungssaale des Rathhauses statt. Die Stimmzettel können daselbst von Morgens 10 Uhr bis Mittags 12 $\frac{1}{2}$  Uhr abgegeben werden. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr wird mit der Ziehung der Stimmzettel begonnen werden.

Die Wahl der Mitglieder der Vertretung des Stadtgebiets wird auf

**Wittwoch, den 27. November d. J.** im Wirthshause zum Schützenhofe (Ziegelhofe) angelegt. Die Stimmzettel können daselbst von Morgens 10 Uhr bis Mittags 12 $\frac{1}{2}$  Uhr abgegeben werden. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr wird die Ziehung der Stimmzettel beginnen.

Die Wahlprotokolle werden mit den Stimmlisten 7 Tage lang nach den betreffenden Wahlterminen in der Registratur des Stadtmagistrats zur Einsicht der Stimmberchtigten offen liegen.

**Oldenburg**, aus dem Stadtmagistrate, den 1. November 1889.

v. Schrenck.

### Interessant

ist die in der heutigen Nummer unserer Zeitung sich befindende Glücks-Anzeige von Samuel Hefischer senr. in Hamburg. Dieses Haus hat sich durch seine prompte und verschwiegene Auszahlung der hier und in der Umgegend gewonnenen Beträge eine dermaßen guten Ruf erworben, daß wir Jeden auf dessen heutiges Inserat schon an dieser Stelle aufmerksam machen.

### Marktbericht

vom 2. Novbr. 1889.

	Mt. Pf.		Mt. Pf.
Butter (Waage) $\frac{1}{2}$ kg	— 90	Kartoffeln, 25 L.	— 60
do. (Markt) "	— 1	Bohnen, junge, $\frac{1}{2}$ kg	— —
Rindfleisch "	— 60	Stechrüben, per Stück	— 10
Schweinefleisch "	— 65	Wurzeln, 25 L.	— 70
Lammfleisch "	— 50	Zwiebeln per Liter	— 10
Kalbsteisch "	— 30	Schalotten, per Liter	— 20
Flonien "	— 65	Kohl, weißer, a Kopf	— 10
Schinken, ger. "	— 90	do. rother, "	— 15
do. frisch "	— 65	Blumenkohl "	— 40
Speck, frisch "	— 65	Spitzkohl "	— 15
do. geräuchert "	— 90	Salat, 6 Köpfe "	— —
Mettwurst, ger. "	— 85	Schmelzbeeren Liter	— —
do. frisch "	— 65	Johannisbeeren $\frac{1}{2}$ kg	— —
Eier, das Duzend	— 75	Erbsen, $\frac{1}{2}$ kg	— —
Hühner, a Stück	1 20	Bidbeeren, Liter	— —
Feldhühner, per Stück	1 —	Spargel, $\frac{1}{2}$ kg	— —
Guten, zahme a Stück	1 50	Aepfel 3. Kochen, 25 L.	— —
do. wilde "	1 —	Gurken a Stück	— —
Krametsvögel,	— 20	Lorj, 20 Hl.	5 —
Hafen, per Stück	3 —	Ferfel, 6 Wochen alt	— —

### Heinr. Gallerstede, 20, Mottenstraße 20,

empfehlte in reichhaltiger Auswahl:

**Damen- und Herrentoiletten, Handkoffer, Reise- und Damentaschen, Damen- u. Herren-Couriertaschen, Touristentaschen, Brief- u. Banknotentaschen, Visitenkartentaschen, Cigarrentaschen, Plaidriemen, Trinkflaschen, Hosenträger, Portemonnaies, u. c.**

### 20, Mottenstraße 20.

### Großherzogliches Theater.

Dienstag, den 5. Novbr.:

23. Vorstellung im Abonnement.

### Der Königsleutnant.

Lustspiel in 4 Akten von Gukow.

Kassenöffnung 6 $\frac{1}{2}$  Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 6. Novbr.

3. Vorstellung im Abonnement für Auswärtige.

Anfang 4 $\frac{1}{2}$  Uhr.

### Ein Wintermärchen.

Schauspiel in 4 Akten von Shakespeare.

Musik von Flotow.

Kassenöffnung 8 Uhr. Einlaß 4 Uhr. Anfang 4 $\frac{1}{2}$  Uhr.



## Bekanntmachung.

Der Maurermeister Brandes hieselbst ist als Führer der Ketter, der Bauführer Brandt als dessen Stellvertreter bestellt und verpflichtet.

**Oldenburg, aus dem Stadtmagistrate,**  
den 30. October 1889.  
v. Schrend.

## Auction.

**Oldenburg. Heinrich Rogge** hies. läßt am **Mittwoch, den 6. Nov. d. J., Morgens 9 Uhr und Nachm. 2 Uhr auf.** im Saale der Frau Wm. Fathchild am Markt, Eingang an der Häufingstraße, folgende Sachen, als:

3 Sophas, 2 Causeusen mit à 6 Polsterstühle, 4 Mahag. Tische, 1 do. Schreibtisch, 3 große Spiegel mit Consolen, 5 Kleiderschränke, 19 Bettstellen, 10 Commoden, 6 Küchenschränke, 1 Secretär, 8 Tische, 95 Rüschen-, Rohr-, Binsen- und Polsterstühle, 21 Spiegel, 2 gr. Lehnstühle, 5 Nähmaschinen, 3 Geigen, 8 Wanduhren, 2 Regulateure, 10 Delbilder, 7 schöne complete Betten, 12 Schlaf- und Pierdedecken, 30 Bettüberzüge und Bettlaken, 65 Ueberzieher, Röcke und Hosen, 70 goldene und silberne Uhren und viele sonstige Sachen,

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

**F. Lenzner.**

### Osternburg.

Allgemeine Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Kirchengemeinde Osternburg zur Besprechung und Berathung einer Witschrift an Se. Kgl. Hoheit unsern Großherzog, sowie an den wohlwolligen Oberkirchenrath, Besetzung der Pfarrstelle betreffend, am **Dienstag, den 5. November, Abends 8 Uhr, in Rosenbohm's Gasthause.**

**Oldenburg.** Zu vermieten. Auf sofort oder später. Der große helle Laden Rittersstraße 5 nebst geräumiger Unterwohnung, Keller und großen Bodenträumen, passend für jedes Geschäft. Auch würde ich nicht abgeneigt sein, das ganze Haus zu vermieten.

**J. A. Calberla.**

**Oldenburg.** Anzuleihen gesucht. Auf sofort gegen durchaus sichere erste und zweite Hypotheken auf Immobilien hiesiger Stadt zu 4% Zinsen 12000 M., 8000 M., 4000 M. und 1800 M.

**J. A. Calberla.**

**Oldenburg.** Zu belegen. Auf sofort gegen sichere Hypothek 1500 Mark.

**J. A. Calberla.**

Zum Einrichten, Führen und Abschließen der Geschäftsbücher, sowie zu allen Comptoirarbeiten und Regulirungen empfiehlt sich

**Diedy. Grube, pract. Buchhalter.**

Auskunft und Nachweisung

speziell für **Commis u. Handlungsgehilfen.**

Briefe ohne Frankomarkte zur Rückantwort werden nicht berücksichtigt.

Gründlichen **Klavierunterricht**

theilt billigt

**C. Paulus, Musiklehrer.**

## Sarg-Magazin

von

## August Meiners

nebst Tischlerei, Leichenwagen-Beforgungen und große Auswahl in Leichen-Anzügen.

Empfehle bei billigster Preisstellung gut gearbeitete Sophas, Polster-, Rohr- und Wienerstühle, Bettstellen und Matratzen, Waschtische, Commoden, Rouleaux und Gardinenkasten.

Auch übernehme ganze Zimmereinrichtungen zu soliden Preisen.

**H. Holert,**

Haarenstraße 51.

### Für Gesangsvereine, höhere Schulen, Kirchenhöre,

zur Anschaffung bestens empfohlen:

**Palme, Allgemeines Liederbuch für deutsche Männerhöre.** 8. Aufl. Part. 30 Bg. star. mit 162 Liedern. Brosch. 1,20 Mk., geb. in Palmeband 1,70 Mk. Jede der 4 Stimmen brosch. 80 Pf., geb. in Palmeband 1,30 Mk.

**Palme, In Freud und Leid.** Sammlung leicht ausführbarer Lieder für deutsche Männerhöre. 3. Aufl. Part. 30 Bg. star. mit 200 Liedern. Brosch. 1,20 Mk., geb. in Palmebd. 1,70 Mk. Jede der 4 Stimmen brosch. 80 Pf., geb. in Palmebd. 1,30 Mk.

**Palme, Liederstraß I.** Neue Lieder für gemischten Chor. Part. brosch. 1 Mk., gebd. 1,50 Mk. Jede der 4 Stimmen nur 25 Pf.

**Palme, Psalmen- und Harfenlänge.** Eine Sammlung leicht ausführbarer Festmotetten und Festgesänge für Männerchor. Partitur brosch. 1 Mk., geb. 1,50 Mk. Jede der 4 Stimmen nur 25 Pf.

**Palme, Festgloden.** Eine Sammlung leicht ausführbarer Festmotetten und religiöser Festgesänge für gemischten Chor. 3. Aufl. Part. brosch. 1 Mk., gebd. 1,50 Mk. Jede der 4 Stimmen nur 25 Pf.

Vorstehende Sammlungen sind anerkannt vorzügliche Werke, die schon in vielen Auflagen erschienen sind.

**Max Hesse's Verlag in Leipzig.**

## Das größte Glück auf Erden

ist nicht Reichthum an Geld und Gut, sondern die Gesundheit. Viele Kranke erkennen ihre wahre Leiden nicht und lassen sich als Magenkranke, Blutarme, Bleich- und Schwindsüchtige behandeln. Betrachte man nun bei den meisten Kranken die sich zeigenden Symptome genauer, so wird man finden, daß Wurmkrantheit die Hauptrolle spielt; so manche Medizin wird gegen obestehende Leiden eingenommen, wäre aber besser ersetzt durch ein Wurmmittel des rühmlichst bekannten Spezialisten **Theodor Konechny in Stein bei Säckingen.** Die sichersten Symptome eines an Bandwurm, Spul- oder Madenwürmer Leidenden sind: Abgang rüdel- oder kurbisähnlicher Glieder und sonstiger Würmer, sowie Blässe des Gesichtes, matter Blick, blaue Ringe um die Augen, Abmagerung und Verschleimung, stets belegte Zunge, Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit abwechselnd mit Heißhunger, Uebelkeiten, Aufstoßen eines Knäuels bis zum Halse, stärkeres Zusammenfließen des Speichels im Munde, Magensäure, Sodbrennen, häufiges Aufstoßen, Schwindel, öfter Kopfschmerz, unregelmäßiger Stuhlgang, Juden im After, Koliken, Kollern und wellenformige Bewegungen, dann stehende, saugende Schmerzen in den Gedärmen, Herzklopfen, Menstruationsstörungen. — Zahlreiche Atteste aus allen Kantonen beweisen die Vorzüglichkeit der Methode. — Dauer der Kur 30 bis 60 Minuten ganz ohne Berufsstörung. — **Bei Bestellung ist Alter und Geschlecht des Patienten anzugeben.** Die meisten Kranken, welche solche Mixturen versuchsweise nahmen, waren von Würmern geplagt, während andere damit die dem Körper sehr dienliche Entfernung aller Unreinigkeiten zu ihrer Zufriedenheit erzielten. Die Kur ist unter Garantie der Gesundheit vollständig unschädlich.

Zum

**Bauschlachten und Wurstmachen**

empfehlt sich

**H. Döring,**

Ecke vom Scheideweg u. Radorsterstraße (Haus z. Buttel)

Haupt-Gewinn event. 500,000 Mark.

Glücks-Anzeige.

Die Gewinne garantirt der Staat.

### Einladung zur Betheiligung an den Gewinn-Chancen

der vom Staate Hamburg garantirten grossen Geld-Lotterie, in welcher

**9 Millionen 553,005 Mark** sicher gewonnen werden müssen.

Die Gewinne dieser vorteilhaften Geld-Lotterie, welche plangemäss nur 100,000 Loose enthält, sind folgende, nämlich:

Der grösste Gewinn ist ev. 500,000 Mark.

Prämie 300,000 Mk.	56 Gewinne a 5000 Mark.
1 Gewinn à 200,000 Mk.	106 Gewinne a 3000 Mark.
1 Gewinn à 100,000 Mk.	203 Gewinne a 2000 Mark.
1 Gewinn à 75,000 Mk.	6 Gewinne a 1500 Mark.
1 Gewinn à 70,000 Mk.	606 Gewinne a 1000 Mark.
1 Gewinn à 65,000 Mk.	1060 Gewinne a 500 Mark.
2 Gewinne a 60,000 Mk.	29 Gewinne a 300 Mark.
1 Gewinn à 55,000 Mk.	120 Gew. a 200, 150 Mark.
1 Gewinn à 50,000 Mk.	30930 Gewinne a 148 Mark.
1 Gewinn à 40,000 Mk.	7994 Gew. a 127, 100, 94 Mk.
1 Gewinn à 30,000 Mk.	9045 Gew. a 67, 40, 20 Mk.
8 Gewinne a 15,000 Mk.	im Ganzen 50,200 Gewinne
26 Gewinne a 10,000 Mk.	

und kommen solche in wenigen Monaten in 7 Abtheilungen zur sicheren Entscheidung.

Der Hauptgewinn 1. Classe beträgt 50,000 Mk., steigt in der 2. Cl. auf 55,000 Mk., in der 3. Classe auf 60,000 Mk., in der 4. Cl. auf 65,000 Mk., in der 5. Cl. auf 70,000 Mk., in der 6. Cl. 75,000 Mk., in der 7. Cl. auf 200,000 Mk. und mit der Prämie von 300,000 Mk. event. auf 500,000 Mark.

Für die erste Gewinnziehung, welche amtlich festgesetzt, kostet

das ganze Originalloos nur 6 Mark  
das halbe Originalloos nur 3 Mark  
das viertel Originalloos nur 1 1/2 Mark

und werden diese vom Staate garantirten Original-Loose (keine verbotenen Promessen) mit Beifügung des Verloosungs-Planes mit Staatswappen, gegen frankirte Einsendung des Betrages selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Jeder der Betheiligten erhält von mir nach stattgehabter Ziehung sofort die amtliche Ziehungsliste unaufgefordert zugesandt.

Verloosungs-Plan mit Staatswappen, woraus Einlagen und Vertheilung der Gewinne auf die 7 Classen ersichtlich, versende im Voraus gratis.

Die Auszahlung u. Versendung der Gewinnelder erfolgt von mir direct an die Interessenten prompt und unter strengster Verschwiegenheit.

Jede Bestellung kann man einfach auf eine Post-einzahlungskarte oder per recommandirten Brief machen.

Hau wende sich daher mit den Aufträgen der nahe bevorstehenden Ziehung halber, sogleich, jedoch bis zum

**20. November d. J.**

vertrauensvoll an

**Samuel Heckscher sen.,**

Banquier und Wechsel-Comptoir in Hamburg.

## Nervenschwäche

Magenschwäche, Ohrensausen, Mattigkeit, Schlaflosigkeit, Schwindel, Uebelkeit, Zittern der Glieder u. s. w. beittige ich auch in den hartnäckigsten Fällen durch meine ationellen Heilmittel. **Senden, Chemiker, Hamburg.**

## Gewertverein.

Am Sonntag, den 10. Novbr. Abends 7 Uhr anfangend, veranstaltet der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in **Oppermann's Hotel** (früher Gabel) ein

## Tanzkränzchen,

wozu Mitglieder und Freunde hiermit freundlich eingeladen werden. Karten im Vorverkauf 50 Pfg. Entré an der Kasse für Nichtmitglieder 75 Pfg.

Der Vorstand.

## Oldenburger Schützenhof.

Mittwoch, den 6. Novbr.:

## 2. Streich-Concert

im Abonnement

unter Leitung des Musikdirigenten, Herrn Schmidt.

Darauf:

**B A I L L**

für die Abonnenten bis 2 Uhr.

Abonnements-Billets

sind auch Abends an der Kasse zu haben.

Anfang 6 Uhr.

L. Note.



## Rede des Reichstagsabgeordneten Richter in zweiter Lesung vom 31. Okt. über den Reichsetat von 1890/91:

Es ist neuerdings viel von dem neuen französischen Wehrgesetz gesprochen worden und hieraus ein zu großes Anwachsen der franz. Heeresmacht gegenüber der deutschen gefolgert. Indes glaube ich, es tritt diese Zifferfrage weit zurück hinter dem Ausspruch des Reichskanzlers, daß es „weniger auf die Quantität ankomme, als auf die Qualität“. Es war das dieselbe Rede, in welcher der Herr Reichskanzler das gestügelte Wort ausgesprochen hat: „Wir fürchten Gott, sonst niemand auf der Welt!“ Ich glaube, das hat sich sehr geändert; wir fürchten jetzt jeden geringsten Abstrich bei der Marine- und Militärverwaltung. Mit Recht ist hervorgehoben, daß das neue franz. Wehrgesetz schon in Rechnung gestellt wurde bei der Septennatsvorlage. Wenn man das Septennat nicht bewilligt hätte, so könnte man jetzt prüfen, ob die damaligen Voraussetzungen nicht richtig gewesen sind. Wer das franz. Wehrgesetz als ein Muster für uns hinstellt, der giebt damit zu, daß das Militärprogramm der freisinnigen Partei das richtige ist. Dasselbe will möglichst weitgehende Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei gleichzeitiger Verkürzung der Dienstzeit. Dazu hat man sich jetzt in Frankreich entschlossen. Man hat jetzt die Aufhebung einer Reihe von Gouverneurposten beschlossen, auf deren Entfernung wir schon früher gedrungen haben, aber damit werden noch nicht die Mehrausgaben ausgeglichen, die jetzt durch die Errichtung der Stäbe für die neuen Armeekorps notwendig werden. Man muß weiter gehen mit der Beseitigung von Posten, die mit der Erhaltung der Wehrtüchtigkeit unserer Armee nichts zu schaffen haben. Es ist unrichtig, daß die Forderungen für Marinezwecke lediglich Konsequenzen der in der vorigen Session gefassten Beschlüsse sind. Wer insbesondere mit unserer Kolonialpolitik nicht einverstanden ist, der braucht nicht den Forderungen für den Bau von Kolonien zuzustimmen, die im wesentlichen den kolonialen Zwecken dienen sollen. Dieser ganze neue Flottengründungsplan bedeutet ein Verlassen der Grundzüge, die wir bei der Gründung der Flotte aufgestellt haben. Wir sind früher beschuldigt worden, die Marine zu viel im Gegensatz zu der Landarmee begünstigt zu haben. Das ist unrichtig, wir haben stets nur eine Flotte zur Verteidigung unserer Küsten schaffen wollen, von einer einseitigen Marineliebhabe, wie sie in den neuen Forderungen zu Tage tritt, wissen wir uns frei. Völlig überflüssig ist der Bau einer Flotte, wie sie jetzt nicht für Kriegszwecke, sondern für Friedenszwecke geschaffen werden soll. Man will auch den Landoffizieren Gelegenheit verschaffen an den Marinemannövern theilzunehmen, wie von offizieller Seite geschrieben wird. Will man ein solches Prunkschiff bauen, so nehme man die Mittel aus der Kronkassation, die erst im vorigen Jahre erhöht ist. Dagegen haben wir nichts einzunenden. Dem Kaiser zu Liebe stimmen wir nicht, ebenso wenig wie zu seinem Leide. Die Vermehrung der Kriegsschiffe hängt wesentlich zusammen mit unserer Kolonialpolitik. Wie steht der Reichskanzler zu derselben? Seine Auslassungen in dieser Beziehung, die in den letzten Wochen bekannt geworden sind, lauten widerspruchsvoll. Die Thatfachen bedeuten ein Verlassen des alten Programms; früher hat sich der Reichskanzler erklärt gegen das Kolonisieren mit Bureaukraten und zivilversorgungsberechtigten Unteroffizieren. Jetzt wird überall die Verwaltung der Kolonien von Bureaukraten besorgt, mit Ausnahme von Wituland, von dem man wenig hört und wo vielleicht gar nicht regiert wird. Von einem neuen Erwachen der kolonialen Bewegung merkt man nichts, auch hier im Reichstage nicht. Die koloniale Frage ist in den Reden kaum gestreift, nun die Erfolge sind auch nicht der Rede werth. In der Thronrede ist auf die Aufhebung der Blockade hingewiesen, aber die war ja beschlossen, ehe Bismann fortging. Bismann sengt und brennt Dörfer nieder, die Araber thun desgleichen, das nennt man Kultur und Gesittung nach Afrika bringen. Kommt wirklich Ruhe, so ist es die Ruhe eines Kirchhofs. Das Bischen, was die Mission Gutes wirkt, geht dabei verloren. Das Emin-Pscha-Unternehmen ist dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. In dem Augenblick, wo Dr. Peters wirklich vorwärts geht, kommt die Nachricht, daß Emin Pascha im Begriff steht, in deutsches Gebiet zu kommen. Die Regierung hat sich diesem Unternehmen gegenüber zurückhaltend verhalten. Die „N. N. Ztg.“ erklärte: Wir haben in kolonialen Gebieten genug zu thun, trotzdem hat man sich jetzt wieder zu neuen Flaggenhissungen entschlossen. Man will jetzt ein neues koloniales Amt schaffen. Ich kann es begreifen, wenn der Kanzler von der Verantwortung für solche Kolonialpolitik sich

möglichst frei machen will, aber gerade eine solche Los-trennung der kolonialen Abtheilung vom Auswärtigen Amt halte ich für bedenklich. Die koloniale Politik kann uns leicht zu Verwicklungen führen. Man denke nur an Samoa und die Carolineninseln. Wir würden nicht so mit Nasenstübern und blauen Augen davon gekommen sein, wenn nicht der Kanzler ein so großes diplomatisches Geschick im Rückzuge hätte. Sehr interessant war die Forderung eines verantwortlichen Reichsfinanzministeriums von Herrn v. Bennigsen. Sie war ein Theil des Programms, über das er 1878 mit dem Kanzler verhandelte. Der weitere Verlauf jener Vorgänge ist bekannt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und Herr v. Bennigsen ist jetzt nicht Minister, sondern Oberpräsident. Um so auffälliger ist es, daß er gerade in diesem Augenblicke mit einer solchen Anregung kommt. Als wir im Jahre 1884 die Forderung von Reichsministerien in unser Programm aufnahmen, erschien auf Veranlassung des Reichskanzlers im „Reichsanzeiger“ eine Erklärung des Bundesraths, die diese Forderung als den Weg zum Wahlscheid bezeichnete, das noch jedes Reich zum Untergang gebracht habe. Herr von Bennigsen setzt sich der Gefahr aus, daß auch er als Reichsfeind bezeichnet wird. Aber der Reichskanzler kennt wohl seine Nationalliberalen und auch Herrn von Bennigsen. Die Forderung eines Reichsfinanzministers war ein bloßes oppositionelles Ornament, eine Arabeske in der Verherrlichung der Kanzlerpolitik. Ist es ihm ernst mit der Forderung, nun so bringe er einen Antrag ein, wir werden ihn unterstützen. Oder ist er seiner Freunde nicht sicher, so unterstütze er einen von uns gestellten Antrag auf Errichtung eines Reichsfinanzministeriums. An der Ueberweisungspolitik ist nicht das Centrum, sondern der Kanzler schuld. Auch Herr von Bennigsen hat diese Politik Anfangs unterstützt. Mit der Franckenstein'schen Clausel sieht es nicht anders. Ist es ihm aber auch hier Ernst mit seinem Tadel, so beantrage er die jährliche Bewilligung der Steuern, wir werden auch diesen Antrag unterstützen. Wenn man uns für die großen Ausgaben mit verantwortlich machen will, so beweist das nur, daß man nach Mitschuldigen sucht. Wir sind nur stets bemüht gewesen, nachdem die großen Bewilligungen erfolgt waren, die bewilligten Summen, soweit wie möglich, aus dem Bereich der Militärverwaltung zu rücken. Wo wir der Erhöhung der Militärmacht zugestimmt haben, sind wir auch stets bemüht gewesen, für die Deckung zu sorgen. Zu diesem Zwecke war seiner Zeit unser Antrag auf Einführung einer Reichseinkommensteuer eingebracht, der Hinweis auf die Steuern der Stadt Berlin war sehr schwach. Herr v. Bennigsen weiß, daß die Stadt Berlin in Bezug auf Besteuerungsrecht gebunden ist. Trotzdem kann die Finanzpolitik der Stadt Berlin jedem Finanzminister als leuchtendes Vorbild dienen. Auf die Steuerpolitik übergehend, hebt der Redner hervor, daß wir entschieden jetzt schon ohne Rücksicht auf die Londoner Convention mit Beseitigung der Zuckerprämien vorgehen müßten. Ein Theil der Fabrikanten ist auch damit einverstanden. Wir können nicht an 300 Fabriken, die zum Theil hohe Dividenden zahlen, 16 Millionen zahlen, damit die Engländer billigeren Zucker essen als wir. Wenn man brechen will mit der Subventionspolitik, so sind wohl die Mittel vorhanden, um ernsthafte Steuerreformen in Angriff zu nehmen. Man befreit die Theuerung des Getreides und sagt, daß wir früher schon höhere Preise gehabt hätten. Ganz richtig, aber damals war die Theuerung eine Folge von Mähernten, heute ist sie eine künstliche. Herr Bennigsen hat erklärt, daß er gegen die Kornzölle gestimmt habe, aber er hat, indem er dem Zoll von 25 Pfg. zugestimmt, geholfen, die Sache in Gang zu bringen. Die nationalliberale Partei hat sich in dieser Frage neutralisirt und gerade dadurch die Agrarier unterstützt. Der Ansicht bin ich auch, daß eine Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle im Ganzen nicht erfolgen kann, ohne zugleich die Industriezölle zu ermäßigen. Herr von Bennigsen thut, als ob die Regierung im Begriff stände, die Handelsverträge im Sinne einer freihändlerischen Politik zu revidiren. Mir ist davon nichts bekannt, ich glaube auch nicht, daß die Nationalliberalen, unter denen die industriellen Schutz-zöllner noch stärker sind, als in anderen Parteien, solche Forderung unterstützen würden. Ich glaube aber, daß wenn wir jetzt auch einen tüchtigen Schritt thun im Zolltarif, wir noch genug Compensationsobjecte in der Hand behalten für die Revision der Handelsverträge. Unserer Schilderung der inneren Zustände hat Herr von Bennigsen ein Bild der Zufriedenheit entgegengestellt. Auffällig war, daß er sich dabei auf das Urtheil der im Auslande lebenden Deutschen berief, die zu den Lasten wenig beitragen und von unseren inneren Zuständen wenig bedrückt werden. Zufrieden ist nur eine kleine Minderheit, denen die Wege zu Aemtern und Ehren offen stehen. Wir sollen in unseren Hoffnungen ent-

täuscht sein. Gewiß, als wir Herrn von Bennigsen kennen lernten, war er anderer Ansicht in Bezug auf die freihändlerische Ausgestaltung des Reichs. Ist irgend eine dieser Freiheiten ausgeführt worden? Auf wirthschaftlichem Gebiete vielleicht. Wir haben die Gewerbe-freiheit, das Coalitionsrecht erhalten, aber selbst diese hat man begonnen, wieder rückgängig zu machen. Damals traten wir alle ein für die Gleichheit der Con-fessionen. Jetzt ist eine Reihe von Aemtern den Juden verschlossen und die Antisemiterei erfreut sich einer Patronage von hervorragender Stelle. Die Reform der Landgemeinden, die Städteordnungsreform, das Unter-richtsgesetz sind leere Versprechungen geblieben. Trotz der Synodalverordnung ist es jetzt noch möglich, daß den von Gemeinden berufenen geistlichen Anstellungen die Befähigung verweigert wird, und die evangelische Hierarchie tritt selbstbewußter auf, denn je zuvor. Herr von Kardorff hat auf einen Majestätsproceß in Neuß a. L. hingewiesen. Er hätte über dem Splitter in Neuß a. L. nicht den Balken im Königreich Preußen vergessen sollen. Denken sie nur an die drakonischen Verurtheilungen wegen der Bismarckbeleidigungen, an die Verbüchigungen höchstgestellter Personen. Selbst der Chef des Generalstabs ist nicht sicher vor Anfein-dungen. In Ehrenämtern gewählte Freisinnige werden nicht bestätigt, von Officierstellen ausgeschlossen, die höheren Beamtenstellen bleiben ihnen unzugänglich. Herrn von Puttkamer sind wir losgeworden, die Puttkamerei ist geblieben. Ein vollstreckendes Mitglied derselben, Herr von Kardorff, beklagt sich darüber, daß der Name des Kaisers in Neuß a. L. auf einer Inschrift unter-brückt sei, weit schlimmer ist es, daß man die Stan-darte des Kaisers in den Parteikampf getragen hat und mit derselben Parteiprogramme zu decken sucht. Die Wahlen werden dadurch zu einer Machtprobe für die Regierung. Enttäuscht sind wir also, aber nicht er-bittert. Wir ziehen uns also auch nicht zurück vom Parteikampf, wie Herr von Bennigsen gethan hat und Miquel wieder thun will. Allerdings sind wir nicht ohne Sorge wegen der Zukunft. Die neue Politik hat die Ansprüche an den Staat großgezogen. Die Selbst-ständigkeit der Bürger gebrochen. Sie ist dadurch die Nährmutter der Sozialdemokratie geworden, die in Wahr-heit nur ein Nebenproduct der Reichskanzlerpolitik ist. Durch die falsche Behandlung der Sozialdemokratie bald durch Zudeckelung, bald durch die Peitsche, hat er dieselbe großgezogen. Die Cartelljugend kann unsere Besorgnisse der Zukunft gegenüber nicht mindern. Dieselbe beugt sich der Autorität willenlos. Was soll werden, wenn die letzten Männer geschwunden sind, denen wir die großen Erfolge verdanken! Wo sind dann die Männer, die selbstständig zu handeln und zu denken gewöhnt sind. Ich mache Herrn von Bennigsen, einem Manne von so großen Geistesgaben hauptsächlich den Vorwurf, daß er durch sein geschmeidiges Wesen den Kanzler bestärkt hat, die falschen Bahnen weiter vorwärts zu gehen.

## Die Millionen des Wucherers.

Kriminal-Erzählung aus der Gegenwart  
von  
Erwin Treumann.  
(Schluß.)

Rudolf schauderte bei diesem Anblicke, er stand vor einem neuen Räthsel! Auch dieser Mann, von dem er so viele Aufklärungen erhoffte, war das Opfer eines gräßlichen Verbrechens geworden. Er fühlte den Boden schwanken unter sich, dieses schauerhafte Bild hatte seine geschwächten Sinne derart betäubt, daß er so rasch als möglich diesen entsetzlichen Ort zu verlassen trachtete. Er griff nach der Klinke, da fühlte er seine Hand feucht, er besah dieselbe — Blut klebte an seinen Fingern.

Der Nasenkönig hatte in der Eile nicht Zeit gefunden, seine Hand von dem Blute zu reinigen und die innere Thürklinke war voll von Blut, welches Rudolf jetzt an seinen Fingern sah. Er schauderte; bleich und entsetzt wankte er hinaus. Auf der Vortreppe kam ihm der Mann entgegen, welchen er zuvor nach der Wohnung gefragt hatte, dieser hatte Verdacht geschöpft, als er den zerlumpten Menschen nach der Wohnung des alten, einsamen Sonderlings gehen sah und war ihm nachgeschlichen. Mit einem einzigen Blicke bemerkte er die Blutspuren an der Hand Rudolfs.

„Was ging hier vor?“ rief der Mann, und trat in die Stube, wo ihm gleichfalls der entsetzliche Anblick sich darbot. Mit einem Sprunge war er bei Rudolf und hielt dessen Hände wie mit eisernen Klammern zusammen. Der Graf stand wie festgewurzelt da; in seinem Gehirne dämmerte die Ahnung eines furchtbaren Verhängnisses.



„Hilfe! Hilfe! Ein Mörder! Hilfe!“ rief der Mann und auf sein Geschrei eilten die Hausleute herbei.

„Was ist geschehen?“ Klang es von allen Seiten durcheinander.

„Schnell! Die Wache geholt! Dieser Kerl hat den alten Neufeld ermordet.“

Entsetzt wichen die Leute vor dem vermeintlichen Scherfale zurück und einige liefen nach der Wache. Dieselbe erschien nach dem Verlaufe einiger Minuten und Rudolf wurde, nachdem der Thatbestand aufgenommen war, gefesselt fortgeführt.

8.

Wie wir wissen, hatte der lange Peter seine Genossen in jener Nacht des Ueberfalls der beiden Grafen im Stiche gelassen und sich seither aus ihrer Gesellschaft ferne gehalten. Er war wieder ein ehrlicher Mensch geworden. Durch die Vermittelung eines Kameraden hatte er eine Kutschstelle bei dem Baron von Felsack erhalten, der mit seiner Aufführung vollkommen zufrieden war, obwohl er von seinem bemalten Vorleben Kenntniß hatte.

Bei dem Feste, welches die Gräfin Wallheim zu Ehren des jungen Grafen veranstaltete, war es der lange Peter, der den Baron nach dem Palaste der Gräfin führte.

Dort hatte er Koller in der Rolle des Grafen Wallheim gesehen und war überzeugt, daß dieser seine Maske zu neuen Verbrechen benutzen werde. Gewissensbisse quälten Peter, der zum Mitwisser des geschilderten Verbrechens geworden und am zweiten Tage nach dem Feste entschloß er sich, seinem Herren Alles zu gestehen.

In nicht geringem Staunen wurde Baron Otto von Felsack versetzt, als er das Geständniß aus dem Munde seines Kutschers vernahm.

„Also doch nicht alle Hoffnung verloren!“ murmelte er und befahl dem langen Peter, sofort anzuspinnen und ihn nach dem Palaste der Gräfin zu führen.

Dieselbe empfing ihn und Baron Otto erzählte ihr bis in das kleinste Detail, was er von seinem Kutschern vernommen hatte.

Gräfin Wallheim war entsetzt über diese Enthüllungen, doch konnte sie demselben keinen Glauben schenken der Gedanke an ein solch schreckliches Verbrechen, das seine Fortsetzung in ihrem Hause gefunden hatte, schien ihr unmöglich.

Baron Otto bat die Gräfin, ihr seinen Kutschern vorführen zu dürfen, damit er ihr dasselbe erzähle, was sie soeben von ihm gehört hatte. Die Gräfin bewilligte es und der lange Peter machte derselben, dasselbe Geständniß, wie er es früher seinem Herrn gemacht hatte.

In demselben Augenblicke trat Koller ein. Als er seinen ehemaligen Genossen erblickte, bebte er zurück, doch rasch hatte er sich gefaßt. Mit erheuchelter Freundlichkeit trat er auf die Gräfin zu, um ihr die Hand zu küssen. Doch diese wies ihn schroff zurück.

„Hören Sie die Anklagen dieses Mannes!“ sprach sie mit eisiger Kälte.

Koller warf einen durchbohrenden Blick auf den langen Peter und antwortete mit erzwungenem Lächeln: „Was will dieser Mann von mir? Ich kenne ihn nicht!“

„Er sieht doch!“ versetzte der lange Peter. „Jetzt will mich der vornehme Herr nicht mehr kennen. Nicht wahr, bei dem Ueberfalle, welcher auf die beiden Grafen Wallheim ausgeführt wurde, wäre ich als Kuppascher gut gewesen? Ah! Ich dachte mir damals, du wirst auch ohne mich dem Galgen nicht entgehen und habe mich rechtzeitig getrollt, du aber Koller, hast die beiden Grafen ermordet und ausgeraubt.“

In blinder Wuth stürzte sich Koller auf seinen ehemaligen Spießgesellen, der diese fürchterliche Anklage gegen ihn erhob. Doch dieser schien auf dergleichen gefaßt zu sein, mit einem Ruck hatte er Koller zu Boden gerissen und kniete sich auf seine Brust. Die Gräfin wurde vor Angst und Schreck ohnmächtig und auf das Klingeln Otto's eilte die Dienerschaft herbei, welche sich des entlarvten Grafen bemächtigte.

Den Bemühungen der Kammerjose gelang es, die Gräfin zum Bewußtsein zurückzuführen. Ein dankender Blick der Gräfin Wallheim fiel auf Baron Otto, als sie die Augen aufschlug. Dieser küßte zärtlich die Hand jener Dame, die er bald als Schwiegermama zu begrüßen hoffte. Dann folgte er den Polizei-Organen, welche Koller nach der Wache transportirten.

Auf dem Wege dahin benahm sich der Arrestant störrisch und es bedurfte der energischen und handgreiflichen Zurechtweisungen der Polizei-Soldaten, um den Verbrecher zu Maison zu bringen.

In demselben Augenblicke, als Koller in das Polizeigebäude gebracht wurde, kam auch Rudolf von den Wacheleuten geführt an. Im Corridor trafen die beiden Patrouillen zusammen. Zufällig blickte Rudolf auf und seine Augen fielen auf Koller. Ein wilder Aufschrei entrang seiner Brust.

„Der Mörder meines Vaters!“ rief er laut und wollte auf Koller stürzen, aber die Wacheleute hielten ihn zurück.

Auch Koller hatte den Grafen welchen er für todt wähnte mit einem einzigen Blick erkannt. Die fürchterliche Anklage, welcher dieser gegen ihn erhob, schmetterte ihn gänzlich nieder, sein wilder Trost war gebrochen, er fühlte, daß er verloren sei.

9.

Wir kommen zum Schlusse unserer Erzählung und haben nur mehr wenig zu berichten.

Aus den Gerichtsakten ergab sich, daß Koller der eheliche Sohn des Grafen Wallheim sei, welchen dieser nach der Geburt hatte aussetzen lassen. Der Strolch war also zum Vaternörder geworden.

Er wurde der Verbrechen, welche ihm zur Last gelegt wurden, schuldig erkannt und sammt seinen Spießgesellen, welche er als seine Mitschuldigen genannt hatte, zum Tode verurtheilt. Der lange Peter, welcher einige kleinere Diebstähle in Gemeinschaft mit den Verurtheilten begangen hatte, mußte eine kleine Freiheitsstrafe antreten.

Graf Rudolf wurde sofort, als das Gericht seine vollkommene Unschuld darstellte, auf freien Fuß gesetzt. Unter den Papieren, welche man in der Wohnung des ermordeten Wucherers gefunden hatte, befand sich auch das Testament desselben, in welchem Graf Rudolf von Wallheim als Universalerbe genannt war. Der alte Sonderling, der die Welt und die Menschen, welche ihm einst nur Haß entgegengebracht, stets gemieden, hatte seine Schätze, seine mit Argusaugen gehüteten Millionen dem Sohne seines Erzfeindes vermacht! Ein psychologisches Räthsel! Vielleicht thaute dem alten Geizhals in einer schwachen Stunde das Herz auf, vielleicht erinnerte er sich seines Weibes, dem er in einer unseligen Stunde die Hand zum Bunde gereicht und das er nicht vergessen konnte, wenn es auch untreu gegen ihn gewesen.

Wer vermag es zu sagen, wer kann es erklären das Räthsel des menschlichen Herzens. Rudolf hatte, nachdem er freigelassen worden, sich nach dem Palaste der Gräfin Wallheim gewendet, dort hatte Baron Otto bereits festen Fuß gefaßt. Emilie hatte der Mutter ihr Herzensgeheimniß verrathen und Gräfin Wallheim, die dem Baron durch die Ereignisse der jüngsten Tage in hohem Grade verpflichtet war, hatte gegen diese Verbindung nichts einzuwenden. Das einzige Hinderniß war noch Graf Rudolf Wallheim. Dieser fand nach seiner Freilassung im Hause der Gräfin Eingang und nur zu bald bemerkte er die Lage der Dinge. Er war zu zartfühlend, um sich irgendwie aufzubringen und noch mehr — ein anderes Bild stand vor seinen Augen, seine treue so Pflegerin in der Bauernhütte hatte er nicht vergessen. Theresie hatte auf den jungen Mann einen tiefen Eindruck zurückgelassen. Rudolf verabschiedete sich mit allen Höflichkeiten von der Gräfin und ihrer Tochter und wandte seine Schritte nach der Stätte, wo er liebevolle Aufnahme gefunden in größter Noth.

Nach dem Verlaufe eines halben Jahres standen zwei glückliche Paare vor dem Altare: Graf Wallheim und Theresie, Baron Otto und Comtesse Emilie.

Die rächende Gerechtigkeit aber führte die Verbrecher, welche in wenigen Tagen so viel Unglück über einige Menschen gebracht, ihrem gerechtem Schicksal entgegen.

Dämon Gold hatte seine Opfer gefordert. Die Millionen des Wucherers aber bauten den Tempel des Glückes zweier Paare, denn Graf Wallheim hatte großmüthig mit dem Baron von Felsack, den er seinen Lebensretter nannte, das Erbtheil des Wucherers getheilt. Hier wurde das Gold, das Anderen zum Fluch geworden, der Segen zweier Familien.

Ende.

### Schweinefütterung mit Getreideschrot.

Die fünf Versuchsschweine befanden sich im Alter von 7½ — 8½ Monaten und konnten demnach die dem Körper zugeführten Nährstoffe zur Fleisch- und Fettabbildung verwendet werden.

Nach Maßgabe der angestellten Versuche ergiebt sich als Durchschnittsrechnung, von sämmtlichen fünf Schweinen ohne Rücksicht auf die Reihenfolge der Fütterung bei gleichen Mengen gekochten und rohen Schrotens wie folgt:

	bei gekochtem Schrot	bei rohem Schrot
Gewichtszunahme i. 14 Tagen	11 <sup>4</sup> / <sub>5</sub> Pfd.	37 Pfd.
"    "    täglich	5 <sup>7</sup> / <sub>7</sub> "	2 <sup>7</sup> / <sub>7</sub> "
Werth der Gewichtszunahme bei 30 M. für 100 Pfd. Lebengewicht	3.45 M.	10.80 M.
Futterkosten in 14 Tagen 100 Pfd. Schrot erzielt, neben dem gedachten Beifutter, Zunahme	5.88 "	5.88 "
100 Pfd. Zunahme erforder- ten neben dem Beifutter	16 <sup>6</sup> / <sub>7</sub> Pfd.	51 <sup>3</sup> / <sub>7</sub> Pfd.

	bei gekochtem Schrot	bei rohem Schrot
Schrot	593 <sup>1</sup> / <sub>5</sub> Pfd.	194 <sup>4</sup> / <sub>9</sub> Pfd.

Es stellen sich also schließlich die Erzeugungskosten von 100 Pfd. Gewichtszunahme einschl. Beifutter . . . 49.83 M. 16.33 M. und ergiebt sich für die Zeit des Versuches ohne Zuschlag für Stallbenutzung und Unkosten bei 30 M für 100 Pfd. Lebengewicht ein Nutzen von weniger . . . 19.83 M. mehr 13.67 M.

Die vorstehenden in der That höchst merkwürdigen Resultate dürften es wünschenswerth erscheinen lassen, daß diese Frage durch weitere vergleichende Versuche geklärt wird.

### Ausbericht der Oldenburgischen Spar- & Leih-Bank Oldenburg, den 4. Novbr. 1889.

	gekauft	verkauft
4 pCt. Deutsche Reichsanleihe	107,50	108,05
3½ pCt. Deutsche Reichsanleihe	102,40	102,95
3½ pCt. Oldenburger Coniols (Stücke à 100 Mk. im Verkauf ¼ % höher.)	102,50	103,50
4 pCt. Oldenburg. Communal-Anleihen	103,—	104,—
4 pCt. do. do.	103,25	104,25
3½ pCt. do.	100,25	—
3½ pCt. Oldenb. Vobentredit-Pfandbriefe (kündbar)	102,25	103,25
3½ pCt. Flensburger Kreis-Anleihe	101,25	101,25
3½ pCt. Landtschaftliche Central-Pfandbriefe	100,60	101,15
3 pCt. Oldenb. Prämienanleihe (jetzt in % nor.)	135,60	136,40
4 pCt. Gulin-Lübecker-Priorit.-Obligationen	103,—	—
3½ pCt. Hamburger Rente	101,90	—
3½ pCt. Hamburger Staats-Anleihe von 1887	100,80	—
3½ pCt. Bremer Staats-Anleihe v. 87 u. 88	101,45	102,—
3 pCt. Baden-Badener Stadt-Anleihe	92,50	—
4 pCt. Preussische konsolidirte Anleihe	—	—
3½ pCt. do. do.	103,10	103,65
5 pCt. Italien. Rente (Stücke von 20000 fr. und darüber)	93,45	94,—
5 pCt. Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	93,55	94,25
4 pCt. Römische Stadt-Anleihe II.—VI. Serie	89,95	90,50
4 pCt. Sardin. Eisenbahn-Priorit. II. Serie, garantirt (Stücke von 500 Lire im Verkauf ¼ % höher.)	88,10	88,65
3 pCt. Italienische Eisenbahn-Priorit. III. u. IV. Serie, garantirt (Stücke v. 500 Lire im Verkauf ¼ % höher.)	57,80	58,35
3½ pCt. Schwedische Staatsanleihe von 86	100,80	101,35
3½ pCt. Schwedische Hypotheken-Pfandbriefe	97,40	97,95
4 pCt. Pfandbriefe der Braunsch.-Hannov. Hypothekenbank	101,10	101,65
4 pCt. Pfandbriefe der Preuss. Boden-Credit-Aktien-Bank	101,10	—
4 pCt. Pfandbriefe der Mecklenb. Hypoth- und Wechselbank	100,30	—
3½ pCt. Pfandbriefe der Rheinischen Hypotheken Bank	97,45	98,20
5 pCt. Borussia-Prioritäten	100,—	—
5 pCt. Bickfelder Prioritäten	—	—
4½ pCt. Warps-Spinnerei-Prioritäten rückzahlbar 105	103,50	—
4 pCt. Glashütten-Prioritäten, rückzahlbar 102	100,50	101,50
Oldenburgische Landesbank-Aktien (10 pCt. Einzahlung und 5 pCt. Zins v. 31. Dezember 1888)	144,75	—
Oldenburg-Portugies. Dampfsch.-Aktion (4 pCt. Zins vom 1. Januar.)	148	—
Oldenburgische Glashütten-Aktien (4 pCt. Zins vom 1. Januar)	—	123,—
Warpspinnerei-Stamm-Aktien Stücke à 1000 M. (franco Zins)	—	—
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in Mk.	168,45	169,15
Wechsel auf London kurz für 1 Str. in Mk.	20,325	20,425
Wechsel auf Newyork kurz für 1 Doll. in Mk.	4,165	4,215
Holl. Banknoten für 10 Gulden in Mk.  .	16,80	—

An der Berliner Börse notirten gestern Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Aktien Oldenb. Eisenhütten-Aktien (Augustfehn) 127,90 % bez. G Oldenb. Versicher.-Ges.-Aktien per Stück Discout der Deutschen Reichsbank 5 pCt.

Billigste und beste Bezugsquelle für **Tuche und Buckskins** Special-Geschäft. Grösstes Lager am Platze.

**Tuchhandlung** Engros u. endetail von **Hillje & Köhne** Oldenburg/Gr. Langestr. 23.

empfehlen: Tuche, Buckskin, Kammgarn und Paletotstoffe von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten zu äusserst niedrig gestellten Preisen. Mustersendungen nach Auswärts franco!